Brandenburg

KI-Assistent LLMoin landesweit ausgerollt

[18.09.2026] Brandenburg stattet seine Landesverwaltung flächendeckend mit dem KI-Assistenten LLMoin aus. Bis Ende September soll die Lösung allen Ministerien und einem Großteil der obersten Landesbehörden zur Verfügung stehen.

Das Ministerium der Justiz und für Digitalisierung (MdJD) hat gemeinsam mit dem Zentralen IT-Dienstleister des Landes Brandenburg (ZIT-BB) und der DigitalAgentur Brandenburg (DABB) den landesweiten Roll-out von LLMoin gestartet. Erste Ministerien nutzen das System, das vom IT-Dienstleister Dataport entwickelt wurde, bereits seit Anfang September.

„Mit dem landesweiten Roll-out von LLMoin versorgen wir erstmalig flächendeckend die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit einer innovativen und rechtssicheren KI-Lösung für den Arbeitsalltag“, erklärte Digitalminister Benjamin Grimm. Dies sei „ein bedeutender Beitrag für die Digitalisierung und Modernisierung der brandenburgischen Verwaltung“.

KI für Textarbeit und Recherche

LLMoin ist speziell für den Einsatz in Behörden konzipiert. Das System unterstützt Beschäftigte unter anderem beim Erstellen und Bearbeiten von Texten und Dokumenten, bei Zusammenfassungen und Recherchen sowie bei der Erstellung von Vorlagen. Dadurch sollen Arbeitsprozesse beschleunigt und Beschäftigte bei Routineaufgaben entlastet werden. Begleitet wird die Einführung durch Schulungen. In den Behörden wurden zudem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die bereits vor dem breiten Roll-out Zugang zu LLMoin erhielten und den Einsatz des Systems erproben konnten.

Für die Nutzung haben das Digitalministerium und das Innenministerium eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift für die Landes- und kommunale Ebene erlassen. Sie ist seit dem 3. September in Kraft und legt die Grundsätze für den Einsatz des KI-Assistenten fest. Nach Angaben des Digitalministeriums sind Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet. Die Verantwortung für Entscheidungen und die Qualität der mit KI-Unterstützung erstellten Arbeitsergebnisse verbleibt bei den Beschäftigten. LLMoin soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen, nicht ersetzen.

Kommunen sollen 2027 folgen

Mit der Einführung setzt die Landesregierung eine im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahme zur Digitalisierung der Verwaltung um. Nach dem flächendeckenden Einsatz auf Landesebene soll 2027 auch die Versorgung der brandenburgischen Kommunen mit LLMoin beginnen. Mit einer vorgesehenen KI-Grundversorgung für rund 20.000 Beschäftigte zählt das Projekt nach Angaben des Ministeriums zu den größten Digitalisierungsvorhaben im öffentlichen Sektor Brandenburgs.

(al)

Stichwörter: Künstliche Intelligenz, Brandenburg, Dataport, KI-Assistent, LLMoin